

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Oktober 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 117

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Systemwechsel auf halbem Wege? — Immer strebe zum Ganzen! — Herrn Fernbach zur Antwort. — Gau Posen.

Korrespondenzen: Berlin. — Breslau. — Weissen. — Hamburg-Wilona. — Königsberg.

Rundschau: Nachahmenswertes Beispiel. — Buchdrucker als Gewerbetreibende. — Ein Verbandsmitglied als Staatssekretär. — Errichtung einer Kreisdruckerei. — Zur Lage der in der Reichsdruckerei beschäftigten Arbeiter. — Kein Schreibpapier an Kriegsgefangene in Frankreich. — Eine Marke im Werte von 500 Mk. — Nachbaderverbot. — Feuerungszulage im Baugewerbe.

Systemwechsel auf halbem Wege?

Die Dinge haben in Deutschland nun endlich einen mächtigen Ruck bekommen. Das vielgelästerte Umklern hat Großbetriebformen angenommen, ist im Schnellkurs vor sich gegangen. Tiefgreifende Not mußte zum erfolgreichen Lehrmeister werden. Draußen großen Rückschläge ausgeht, hat drinnen die Reaktion Schlag auf Schlag erlitten. Ob es genügt, steht dahin. Die neue Regierung mit einem Prinzen an der Spitze und aus Sozialdemokraten, Zentrumsleuten und Fortschrittler hauptsächlich zusammengesetzt, hat schon in der Geburtsstunde den verheißungsvollen Namen „Friedensregierung“ erhalten. Sie wird das hoffentlich recht bald durch die Tat bezeugen können, mit bitterem Beigeschmack ist aber zu rechnen. Wenn die Mehrheitsparteien, nun durch die Nationalliberalen verstärkt, endlich Festigkeit zeigen, wird es mit der unheilvollen Schicksalspolitik nach außen, mit der Millärvorherrschafft wie der gewalttätigen Reaktion im Innern ein Ende nehmen. Nicht mit dem Glockenschlage 1 Uhr des 5. Oktober, aber sicher kommend. Das Volk muß jetzt mehr Druck geben! Das Friedensprogramm der neuen Regierung, diese selbst und ihre Aufnahme bei der Volksvertretung werden noch nähere Betrachtungen erfordern. Im Augenblicke drängt es uns, auszusprechen und zu verlangen, daß ganze Arbeit mit dem Regierungswechsel gemacht werden muß, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß alle bisherigen Regierungsakte als erledigt zu betrachten wären.

Allem Anscheine nach wird nämlich bei dem großen Schub in den Regierungsämtern eine sehr ernste Notwendigkeit überleben: ein System- und Personenwechsel im Reichsernährungsamt. Wir sagen nicht Kriegsernährungsamt. Es muß ein wirkliches Reichsernährungsamt daraus werden, wie es bei der Regierungskrisis im vorjährigen Herbst wenigstens mit einer Namensumwandlung schon einmal gedacht war. Aber ein anderer Titel soll und kann es nicht sein, sondern im Wesen der Sache muß sich eine gründliche Reform vollziehen. Selbstverständlich schaltet eine Änderung des Ernährungssystems aus. So vermag es ist, an eine Auflockerung im Sinne des Antrags Rösche oder an seine radikale Beseitigung zugunsten der Erzeuger und des Handels, wie es Richard Calwer will, darf nicht gedacht werden, weil das Volk dann vollends mit Gesundheit und Leben diese Art von Neuordnung zu bezahlen hätte und ein solcher Schritt die vollständige Kapitalflucht vor den Kreisen bedeuten würde, die jetzt auf den andern Regierungsposten wohlverdientermaßen abgelagert werden. Nein, unser Ernährungssystem ist an sich nicht schlecht, es wurde nur durch die staatliche Ohnmacht und die dadurch üppig wuchernde Sabotage wie durch den geradezu bornierten Bürokratismus total in Mißkredit gebracht. Hier hat es sich erkranken erwiesen, daß eine Nation, die das Schicksal in der Verteidigung des Landes zu leisten vermag, zu einem großen Teile noch nicht reif ist, den Gemeinwohl aufzubringen, dessen ein Volk in Not unbedingt bedarf, wenn es in den durchführbaren Stimmern der Zeit sich behaupten soll.

Wenn dem zum Rücktritt gezwungenen Grafen Hertling die persönliche Mitschuldigkeit jetzt von keiner Seite vorzuenthalten wurde, jedoch in aller Schärfe und fast ebenso übereinstimmend ihm zum Hauptvorwurfe gemacht worden ist, daß er sich gegenüber den in allen Formen und Methoden nebenregierenden Kräften und Mächten nicht durchzusetzen vermochte, so liegen die Dinge in dem ungemein

wichtigen Ernährungsressort doch genau so. Man wird dem Herrn v. Waldow, seinen Beiräten und den Inhabern der ersten einzelnen Ämter als Personen die Werkschätzung auch nicht versagen, muß ihnen aber dennoch bezeugen, daß sie nicht stark genug gewesen sind, dem völligen Versagen des Kartens vorzubeugen. Es wird ihnen von keinem vernünftigen Menschen zur Schuld angerechnet werden, daß die Schwierigkeiten sich vergrößert haben. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft kann nach vier Kriegsjahren nicht ungebrochen sein. Ja, man muß sogar anerkennen, daß die Gesamtproduktion sich noch in achtbarer Höhe hält. Der Schwerpunkt liegt vielmehr darin, daß die Produktion nicht planmäßig genug sich vollzieht, daß gar zu viel der öffentlichen Erfassung verloren geht, und daß anstatt der größtmöglichen Steigerung des Pflichtgefühls dem verbrauchenden Volke gegenüber die wahrhaftig die besten Instinkte anregende Anreizpolitik mit Ausdauer und Fleiß geübt worden ist. So kam es, daß eine Koalition von Produzenten und Händlern entstand, die sich so, selbstgeschaffen erwies, wie die Feinde draußen auch nicht enger zusammenhalten können. Dabei muß zugegeben werden, daß die behördlichen Preise für die Landwirtschaft manchmal in merkwürdigem Verhältnis stehen zum amtlich gewährtesten Gewinne der Händler. Diese sind häufig die wahren Parasiten am Volkshörner.

Die schlimmste Kriegsausfaat, der Schleichhandel, ist aber auf das gemeinsame Schuldkonto des Ernährungsministeriums, der Landwirtschaft und des Händlerkums zu setzen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß mehr verkauft werden könnte, wenn es nur in einem die stärkere Unterernährung beträchtlich einschränkenden Maße, wenn pflichtgemäß abgeliefert werden würde, was der deutsche Boden immer noch hergibt. Die Ernährungszentralbehörde wie die untergeordneten Stellen lassen sich aber von alldem grober Rücksicht auf den weit kleineren Teil bewegen — damit die Landwirte nicht noch mehr (?) verärgert werden, wie ein Beschwichtigungswanderredner aus Berlin einmal sagte —, um in aller Rücksichtslosigkeit der großen Volksmasse die Rationen noch weiter zu verkleinern. Das sind Eisenbarthkuren, die obendrein die unglückliche Traurigkeit der Besslerfahrten zur Folge gehabt haben. Die schändliche Behandlung der kleinen Samstere — förmliche Preisjagden durch Gendarmen und Vorhelfer —, dazu die erlaubte Prüfung der Pakete vor dem Postschalter und daneben die meistens unentdeckt bleibenden Schleichhandelsfahrten großen und größten Stiles, das hat eine Atmosphäre erzeugt, gegen die alle Kunstgriffe zur Stimmungshebung und die massenhaften Kriegsangeleihepakete von kumpfer Wirkung bleiben. Und diese volksverheerende Pest konnte erschreckenden Umfang annehmen und das ganze Land in große Gefahr bringen, ohne daß man die richtigen Worte darüber vernahm und von entsprechenden Taten dagegen etwas hören konnte! Ganz selten einmal eine Deutlichkeit, hin und wieder ein Staatsanwalt und ein Gerichtshof, die von nahezu erfülltem Landesverrat sprachen, dafür aber papierverfälschende Verordnungen in Fülle und Fülle. Die Diktatur Waldows, gemildert durch den Schleichhandel, sagte einmal ein Ironiker im Reichstage, der hier wie in so vielen auch nicht die ihm gebührende Rolle einzunehmen vermochte.

Die Ernährungswirtschaft beschäftigt den „Korr.“ so stark, daß es bei dieser Gelegenheit eigentlich keiner weiteren Aufzählung dieses Trauerspiels bedarf; es werden sowieso demnächst weitere Akte folgen. Angesichts dessen aber, daß mit sämtlichen rationierten Lebensmitteln der Mensch bisher nur die Hälfte von dem erhielt, was der Körper minimal gebraucht; daß die dräse Zunahme mit den fleischlosen Wochen durch deren Verlängerung noch überboten werden soll; daß man ungeachtet dessen schon hat durchblicken lassen, die winzige Bustration müsse trotzdem noch herabgesetzt werden; daß weiter bereits schlägt wird, die Landwirte helfen mit den Kartoffeln zurück, um sie später verbottenerweise zu Wucherpreisen loszuschlagen, was in Verbindung mit den vielen sonstigen Anzulänglichkeiten doch die Volkskraft noch mehr untergraben müßte, ohne die 14 Millionen Selbstverfänger anders zu berühren, als

ihnen den Geldbeutel kloppiger noch zu füllen — da fragen wir 5 Minuten vor 12 Uhr: ob es denn wirklich beim Ernährungsressort in den alten Stiefeln fortgegeben soll, wo doch endlich die Umschaltung der Regierungsmaschinerie auf die Volksinteressen und das Volk wohl erfolgen soll? Wenn 30 Millionen Sester Getreide, 5 Millionen Schweine, über 1 1/2 Millionen Schafe und eine halbe Million Kinder verschwinden konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit, und wenn einem gewöhnlichen Soldaten außerhalb seiner Dienstzeit so massenhaft der Schleichhandel mit allerlei Nahrungsmitteln zu betreiben möglich war, daß er nach elgner Aussage vor Gericht jährlich 3 Millionen Mark dabei umsetzte, dann sind doch solche lebensgefährliche Experimente wie mit den fleischlosen Wochen und andern zur Verzweiflung treibenden Einschränkungsmaßnahmen nicht notwendig. Oder soll die Aufreizung fortgehen, daß der breiten Volksmasse immer mehr vorenthalten wird, die zahlungsfähigen Schichten — allerdings gegen den Willen, jedoch nicht unbekannt den im Ernährungsweisen regierenden Leuten — aber doch erhalten, was der Mensch nun einmal braucht?

Der Geduldsfaden des Volkes ist am Platzen! Nicht die Lebensmittelnot hat die gefährliche Verblüffung erzeugt, sondern die schreiende Ungleichheit: Neunzig laugt der Hunger das Mark aus, zehn vermögen sich noch gut zu essen. Soll das auch unter dem neuen Regime demokratischer Führung so weitergehen? Unmöglich kann es doch damit abgetan sein, was der zurückgetretene Reichskanzler auf die Eingabe des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Generalkommission in ostpreussischer Provinz zu antworten gewußt hat: Die Ernährungsfrage wäre „im ganzen genommen unzweifelhaft besser gewesen“ als im vorhergehenden Wirtschaftsjahre. Schwierigkeiten werden auch im kommenden Jahre „nicht ganz“ vermieden werden können; sie werden aber, wie bisher, überwunden werden. Und weiter: Es sei eine irrtümliche Voraussetzung, wenn in der Eingabe gelagt werde, das Kriegsernährungsamt verhalte lediglich durch Preisanzug eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu erzielen. Dagegen verlobt sich gar nicht, zu polemisieren! Aber die Frage drängt sich auf, ob diese Antwort auf die gemeinsame Eingabe nicht von Herrn v. Waldow inspiriert ist? Nach seinen Darlegungen bei der Aussprache zwischen der Gewerkschaftsvertretung und den Regierungsvertretern am 12. September im Reichskanzlerpalast ist das stark anzunehmen.

Herr v. Waldow erschien bekanntlich bei der Regierungskrisis um Michaels, für den das Obrigkeitstaatsystem zum letzten Male Gelegenheit fand, sich in voller Reinheit, aber auch mit dem größten Mißgeschick zu produzieren, auf ein von agrarischer Seite vermitteltes Stichwort aus der Kuffe des Berliner Regierungstheaters. Bafocki, der erste Ernährungs„Diktator“, dem ein durch die schon bestehende Anreizpolitik anscheinlich belastetes Erbe der Besmann-Wehrbrückenschen Regierung beschieden war, dem aber durch sein ganzes Wesen und Auftreten die Sympathien in ähnlicher Weise zuzugingen, wie sie ihm von seinen der Landwirtschaft selbst, verschwand zum allgemeinen Erstaunen bei diesem Regierungswechsel in die Versenkung. Die Grobgarner, auch eine der für unser Land so verhängnisvoll gewordenen Mächtegruppen, hatten ihn glatt zur Strecke gebracht. Schorlemmer-Dieser, Preußens extremer Landwirtschaftsminister und energischer Sachwalter der Junkerinteressen, tat das selbige redlich dazu. Waldow, an sich schon stark agrarisch angehaucht, hat alle Erwartungen seiner Zeitgenossen erfüllt. Die Verbraucher kamen immer schlechter fort, die Produzenten erhielten fast alle Wünsche befriedigt und steigerten sie infolgedessen maßlos, die Selbstverfänger bekamen gute Lage, und aus diesem Zufammenreffen von den Konumenten abtrüffelnden Inständen und Ursachen gelangte der Schleichhandel erst richtig in den Sattel, wuchs sich zu einer der schlimmsten Gefahren für Volk und Land aus. Getreide, Mehl, Vieh und Kartoffeln, die wichtigsten Nahrungsmittel, gingen in abhängigend zunehmendem Maße der Erfassung verloren. Die Anreizpolitik brachte nicht nur eine unglückliche

Steigerung der Höchstpreise zuzugehen, sondern schuf nebenher noch eine Prämienvirtschaft, die es bis jetzt schon auf viele Arten gebracht hat. Zudem erwarb sich die Bureaurkräfte in den Reichsernährungsstellen immer mehr Vorrechte, so daß das, was noch selbstlich ging, auch verdorben wurde. Ist also Batockt im vergangenen Jahre den Agrariern zum Opfer gefallen, so muß Waldow jetzt dem allgemeinen und berechtigten Anwillen des darbedenden Volkes weichen! Die innere Front ist ganz wesentlich durch das von ihm repräsentierte System aufammengebrochen.

Der Unterstaatssekretär v. Braun, den man in München gern los geworden ist, hat sich als ein so gefreuer Schildknappe der Landwirtschaft erwiesen, daß er wegen seiner im Verein mit agrarischen Kapazitäten herausgegebenen Schrift über die Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege von dem großen Nationalökonomem Lupo Brentano kräftig in den Sand gesetzt wurde. Seine Verbechtung im Reichsernährungsamt würde die unbedingte notwendige Neuorientierung in unserer Ernährungs politik nur gefährden. Dr. August Müller hat in seiner Weise gezeigt, daß er den agrarischen Einflüssen richtigen Widerstand entgegenzusetzen verstand. Man hätte mehr von ihm erwarten müssen, auch wenn die Hoffnungen unter den Machtverhältnissen im Ernährungsweisen nicht überbeweglich sein konnten. Glücklicherweise ist er mit der Zeit leistungsfähiger hervorgetreten. Der christlich-gewerkschaftliche Stegerwald hat diese Rolle mehr übernommen, viel Glück widerfuhr dem Volk und auch ihm nicht daraus; im allgemeinen ist von ihm das gleiche wie von Müller zu sagen. Dieser als Sozialdemokrat ist seinerzeit nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei aus in das Kriegsernährungsamt gekommen, seine Berufung fand unter viel andern Umständen statt, als es jetzt mit den in die Regierung einfließenden Vertretern der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften geschieht. Die Voraussetzung für deren Mission sah die „Vorwärts“ vor acht Tagen auftreffend in die Worte zusammen:

Wir brauchen nicht Sozialdemokraten als Minister, sondern sozialdemokratische Minister, Männer, die in ihrem Amte bleiben, was sie sind und dort mit leidenschaftlicher Energie für das wirken, was sie als Sozialdemokraten für das Richtige und Notwendige halten.

Serr v. Tilly, der für Obst und Gemüse die Versorgung und Verteilung hat, erscheint dann am meisten einer Veränderung bedürftig. Der Bochumer Marmeladenprozeß hat die Zustände in seinem Bereich als vollständig unhaltbar dargelegt. Als wir im Spätherbst 1916 (Nr. 137 und 139) den demontrefraktiven Ausfall von Professor Wibel (Sera) aus dem Kriegsernährungsamt zustimmend beurteilten und mit den Worten begleiteten, es hätten sich ihm nur noch andre Mitglieder dieser Zentralbehörde anschließen sollen, da fanden wir viel Anfechtung deswegen. Nun es maßlos schlimmer geworden ist seitdem, wird uns mit dem geforderten Personenwechsel wohl eher beigegeben werden.

Der schpreußische Landwirtschaftsminister v. Eisenhardt-Rothke wie der preußische Staatskommissar für Volksernährung Dr. Peters können ebenfalls nicht auf ihren Posten verbleiben. Der eine ist als einseitiger Anwalt der Agrarier einer besseren Gestaltung der Dinge einfach im Wege, der andre hat sich als zu nachlässig den preußischen Provinzialregierungen und namentlich den Landräthen gegenüber gezeigt, von denen ein ganzer Stamm reiß zum Ausrücken ist, noch aus andern Fragen der inneren Politik.

Die Berliner Gewerkschaftsvorkände haben leßthin auch lauten Protest gegen die Zustände auf dem Ernährungsgebiet eingelegt und — trotz entgegengelegtem Standpunkte der Konferenz der Verbandsvorkände — mit Rücktritt aus den Ernährungsbeiräten gedroht. In Sachsen, Württemberg, Bremen, Hannover usw. sind Protestveranstaltungen der Arbeiterschaft politischer oder gewerkschaftlichen Gepräges in den jüngsten Tagen abgehalten worden, in andern Städten und Gegenden kurz zuvor. Hat nicht in letzter Linie das Drängen der Arbeiterschaft zu einem schon weitgehenden und hofentlich sich noch vergrößernden Umschwung in den Regierungskreisen und Machtverhältnissen Preußen-Deutschlands beigegeben, so darf auf dem eingeschlagenen Wege nicht furchtsam gesögert werden: Es müssen neue Männer zu reifen verstanden, was in der Ernährungsirtschaft geleistet und direkt gesündigt worden ist; es muß ein wirkliches Reichsernährungsamt geschaffen werden, frei von allen Aburdigkeiten in der Preispolitik, von dem Schlagsabensystem und der Interessensbevorzugung; und es muß der Arbeitspflicht die Nährpflicht gleichgesetzt werden. Das ist das Gebot in bitterster Not und in schwerer Stunde! Das Volk kreiß nach dieser Neuordnung, nach Gleichheit im Ertragen oder Erlegen.

Konzentration der Einzelkräfte etwas Erprobliches erreicht werden kann. Nach dem Kriege wird für den Kampf ums Dasein diese Unwendigkeit ganz besonders in Erscheinung treten. Den Luxus, neben dem Wagen der Zeit als Eigenbrötler einherzulaufen, anstatt sich entschlossen hinzuzusetzen, werden sich in Zukunft weit weniger Arbeiter und Angestellte gestatten dürfen als früher. Die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit werden sicherlich an Zahl und Härte zunehmen. Selbst solche Gewerbe, in denen es gelang, tarifgesellschaftliche Einrichtungen über die Kriegszeit hinaus in Wirksamkeit zu erhalten, werden mit mancherlei Schwierigkeiten nach dem Kriege zu rechnen haben.

In Berücksichtigung solcher Erwägungen erscheint es unbegreiflich, wenn eine so kleine Berufsgruppe unseres auf hoher organisatorischer Stufe stehenden Gewerbes, wie die der Faktoren, der auch ich angehöre, sich in einer sogenannten Vertragsgemeinschaft festlegt oder — richtiger gesagt — festlegen ließ. An sich ist nichts dagegen zu sagen, daß die Faktoren aus ihrer tariflichen Zwangsstellung herauszukommen bestrebt sind, die besonders nach Tarifrevisionen recht unangenehm läßbar war. Es fragt sich nur, ob das nicht weit einfacher und zweckentsprechender hätte geschehen können durch den unmittelbaren Anschluß an die vorbildlich wirkende Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, die sämtliche andern Berufsgruppen umschließt. Was jetzt durch Sonderbündel zustande gekommen ist, macht von vornherein den Eindruck, als ob es den Prinzipalen nur darum zu tun gewesen ist, für alle Fälle ein zweites Eisen im Feuer zu haben für die Zeit nach dem Kriege. Ich für meine Person glaube nicht daran, daß der Faktorenbund mit Hilfe der neuen Vertragsgemeinschaft vorwärts kommen wird.

Wie denkt man sich denn eigentlich die Hebung unseres Standes ohne die Schaffung einer materiellen Grundlage nach Art des allgemeinen Tarifs? Während die Angestellten in technischen Berufen, selbst Beamte, Lehrer, Ärzte usw. es offen herauszusagen, wo sie der Schutz drückt, ist die Mehrzahl unserer Faktoren nur zu sehr geneigt, wie die Mähe um den heißen Brei herumzugehen. Der Ausfall der Steuererzulagen läßt das erkennen. Um des Simmels willen bei der Prinzipalität nicht ansetzen! Dieses Bemühen tritt in der Organisationsgeschichte der Faktoren deutlichutage. Auch diesmal läßt man das Hausbauen beim Dach an und hofft auf dem Umweg über die Vertragsgemeinschaft zur Wahrung der Interessen der Prinzipale und der Faktoren etwas herauszuschlagen. Wäre es anders, dann hätte die Leitung des Faktorenbundes nichts unversucht lassen dürfen, um auf Grund des allgemeinen Tarifs zu festen Vereinbarungen zu kommen. Dazu langte es aber bald nicht. Einmal, weil offenbar die nötige Courage fehlte, und zum andern, weil der Standesbündel im allgemeinen noch zu groß ist unter unsern Faktoren. Nur nicht „bloß Buchdrucker oder Schriftsetzer“ sein wollen! Manche genügt der Faktorenbund nicht einmal, sie gehören außerdem noch dem Werkmeisterverband an.

Für alles dies und manches andre haben die Prinzipale eine gute Willkür. Und wenn sie jetzt so bereitwillig der Tarifgemeinschaft eine Vertragsgemeinschaft mit den Faktoren an die Seite zu stellen sich entschlossen, so war dabei wohl nicht zuletzt der Gedanke maßgebend, die Faktoren, soweit sie Verbandsmittelglieder sind, nach und nach von der Gehilfenorganisation loszuscheiden. Hoffentlich sehen die Faktoren jedem direkten und indirekten Zwang den nötigen Widerstand entgegen, denn niemand wird, wie lange er das Faktorenzepher schwimmt, und ob er nicht noch mal gezwungen sein wird, sein Brot als Gehilfe wieder verdienen zu müssen.

Es ist wahrhaftig nicht einzusehen, weshalb der Vertragsabschluss gerade jetzt erfolgen mußte, wo Hunderte von Faktoren, Mitglieder und Nichtmitglieder des Faktorenbundes, im Felde stehen. Weshalb einen Zankapfel in unser Gewerbe werfen, das in tariforganisatorischer Beziehung turnhoch über vielen andern steht! Wo Buchdrucker im Felde zusammenkommen, gleichgültig ob Faktoren oder Gehilfen, fühlen sie sich durch das berufliche Band zueinander bingezogen. Da reden sie in erster Linie von den zukünftigen Verhältnissen im Gewerbe: über die Menschenökonomie, die auch bei uns Platz greifen wird, über die Wirkungen der Frauenarbeit und von den Aufgaben der Lehrlingsausbildung usw. Mit Recht sehen unsere Geldgrauen ihre Hoffnungen bezüglich der gewerblichen Neuorientierung auf die seit länger als zwei Jahrzehnte bestehende Tarifgemeinschaft, die einen für beide Teile des Gewerbes gangbaren Weg aus dem Sogge finden lassen wird.

Ohne Not ist nun ein Zwischenstadium zwischen die eigentlichen Interessentengruppen geschoben worden. Das wird die Situation nicht erleichtern, sondern nur erschweren, so daß es rätlich erscheint, allen denkenden Kollegen, gleichgültig ob Faktoren oder Gehilfen, rechtzeitig die Mahnung auszusprechen: Keine Kräftezerpflückung, sondern fester Zusammenschluß aller in Lohn und Brot stehenden Glieder unseres schönen Gewerbes!

An der Werkfront. W. E.

□ Herrn Fernbach zur Antwort □

Mit dem Artikel „Belehrungswesen“ in Nr. 34 der „Zeitschrift“ vom 23. August, als dessen Verfasser ich Herr Fernbach in Buzslau bekenne, ist ebenfalls nichts Neues gesagt, denn fast dieselben Ausführungen über die Lehrlingsfrage hat er schon in Nr. 15 der „Zeitschrift“ vom 20. Februar 1914 gebracht, worauf ich im „Vorw.“ vom 23. Februar 1914 die gebührende Antwort wurde. Herr

Fernbach geht nicht auf den Kern der Dinge ein, wie die Lehrlingsausbildung künftig besser zu gestalten sei; er beugt nur wieder einmal die ihm günstig erscheinende Gelegenheit, um seiner Antipathie gegen die Tarifinsanzen und im besondern gegen die Gehilfen Ausdruck zu geben, und schaut dabei auch Verdächtigungen und Belehrigungen gegen letztere nicht, wie wir es ja auch bei seinen bisherigen Veröffentlichungen gewöhnt sind. An ihm scheinen die Kriegsjahre spurlos vorübergegangen zu sein. Dasselbe Empfinden hatte sicherlich auch die Redaktion der „Zeitschrift“, die ihm in einer Anmerkung die Inhaftigkeit seiner Ausführungen befehlte.

Daß es Herrn Fernbach gar nicht ernstlich darum zu tun ist, die Lehrlingsausbildung zu fördern und damit dem Gewerbe zu dienen, beweist am besten die Polemik gegen einen Artikel des Herrn Säuberlich über die Lehrlingsfrage in Nr. 30 der „Zeitschrift“.

Bekanntlich geht das Bestreben der Gehilfenenschaft dahin, die Lehrlingshaltung immer weiter zu erschweren, die Zahl der Lehrlinge einzuschränken und damit den Nachwuchs zu verringern, so daß die Löhne fortgesetzt steigen. Es sind von Gehilfenfelle aus schon Anträge gestellt worden, reinen Lehrlingsbetrieben das Anlernen von Lehrlingen zu verbieten und ähnliches. Bei jeder Tarifänderung sind die Gehilfen bemüht, einen wachsenden Einfluß auf die Gestaltung des Lehrlingswesens zu gewinnen, um die Zahl der Lehrlinge zu beschränken. . . .

Diese Ausführungen charakterisieren die Bestrebungen des Herrn F. schon zur Genüge, so daß es sich gewiß nicht lohnt, hierauf weiter einzugehen.

Dann wird Herr Säuberlich der Vorwurf gemacht, daß er durch seine Ausführungen den Bestrebungen der Gehilfenenschaft Vorstoß liefte. Ein Kapitalverbrechen in den Augen des Herrn F.! Dieser Vorwurf ist gänzlich unangebracht, denn jedermann weiß, daß Herr S. die Interessen der Prinzipale mit aller Schärfe vertritt, andererseits aber als gründlicher Kenner der gewerblichen Verhältnisse und hervorragender Sachmann überzeugt ist, daß in der Frage der Lehrlingsausbildung und der Fortbildung mehr als bisher getan werden muß, soll das Gewerbe in seinem Aufstiege nicht behindert werden oder gar in seinen Leistungen zurückgehen.

Herr F. hat aber nach seinen Ausführungen in erster Linie das Bestreben, durch eine entsprechende Reservearmee die Löhne niedrig zu halten; alles andre kommt nicht besonders in Betracht.

Weiter betont er, daß die Ausbildung in der Provinz meistens eine gute sei, eher lasse diese in den Großdruckereien zu wünschen übrig. Ja, er bestreitet sogar, daß während des Krieges die Ausbildung der Lehrlinge gelitten habe; im Gegenteil, sie sei sogar besser wie in Friedenszeiten usw. Wenn man das Sachwissen und die Kenntnis der gewerblichen Verhältnisse des Herrn F. bisher auch keinesfalls überschätze, so müssen seine jetzigen Ausführungen bei wirklich tüchtigen Sachleuten nur Kopf schütteln auslösen, und man wird sich die Frage vorgelegt haben, ob es nicht im Interesse des Ansehens der „Zeitschrift“ besser gewesen wäre, die hiergrundigen Weisheiten des Herrn F. nicht zu veröffentlichen.

Aber in seiner ganzen Größe zeigt sich Herr F. in der Art und Weise, wie er sich gegen die Mitarbeit und Mitbestimmung der Gehilfen bei der Lehrlingsausbildung wehrt:

Die Anleitung der Lehrlinge erfolgt bei uns zum größten Teil wo nicht durch den Prinzipal selbst, durch das Aufsichtspersonal (Faktor usw.). Die Bemühungen, die von Seiten der Gehilfen gezeigt werden, sind nicht immer von besonders gutem Einflusse, denn das erste, was so einem Jünger unserer Kunst beigebracht wird, ist gewöhnlich die Meinung: daß unser Beruf gesundheitschädlich sei, daß der Lehrling nichts von seinen „Rechten“ ausgeben solle, und — daß seine Leistungen um Gottes willen nicht in zu große Arbeitslast ausarten mögen usw. . . . Dabei sind es gerade die Gehilfen, die den Lehrling auf allerlei Botengängen benutzen. . . . Dieser Seite dürfen wir unre und des Lehrlings Interessen nicht anvertrauen. . . .

Genau dieselben Verdächtigungen hat Herr F. in seinem Lehrlingsartikel 1914 schon geäußert, nur hat er diesmal klugerweise von der Erwähnung des „Schnapshens“ abgesehen, weil er sich damit sicherlich gemacht haben würde, da Alkohol für die Gehilfen heute nicht zu haben ist, dieser bleibt den Sommerkräften und Kriegsgewinnlern vorbehalten.

Auf solche Behauptungen näher einzugehen, verbietet sich nicht. Wenn Gehilfen Lehrlinge in ihrem Fleiß beeinflussen oder zu Botengängen usw. benutzen, so mißbilligen wir dies entschieden. Aber es können dies nur grobe Ausnahmen sein, wofür Herr F. die nötigen Beweise vielleicht gar nicht zu erbringen in der Lage sein dürfte. Ebenso falsch wäre es natürlich, wollte man von Herrn F. auf die Allgemeinheit der Prinzipale schließen.

Dann schreibt Herr F. weiter:

Ich habe in dem öffentlichen Protokoll der letzten Tarifverhandlungen vergeblich danach gesucht, ob nicht irgendeiner der Teilnehmer einmal darauf hingewiesen hat, daß bei der bedeutenden Lohnsteigerung nunmehr auch jeder Gehilfe seine tarifmäßigen Leistungen erfüllen müsse, und daß tag dieser Simmels, wie wir alle wissen, recht nahe. . . .

Daß er in dem fraglichen Protokoll diesen Hinweis nicht gefunden hat, liegt eben daran, weil rätlich denkende Prinzipale es ablehnen, Behauptungen aufzustellen, die den Tatsachen direkt widersprechen. Herr F. braucht aber nur das Protokoll der Tarifverhandlungen vom Oktober 1917 nachzulesen, und er wird dort Anerkennung für die Leistungen der Gehilfen finden. Aber das kümmert

□ Immer frohe zum Gange! □

Die schimmlichen aller Zeiten, in denen wir leben, sie sollten eigentlich jedem in Lohn und Brot stehenden die Abrechnung in Sinn und Herz kommen, daß wir durch

Herrn E. Scheinbar nicht. Gewiß ist zuzugeben, daß es Gehilfen gibt, die ihren tariflichen Verpflichtungen nicht so nachkommen können, wie es wünschenswert ist. Es sei hierbei aber die Frage aufgeworfen, wer diese Gehilfen ausgebildet hat, wer Unfähige als Lehrlinge annahm? Doch nur Prinzipale oder deren Vertreter! Da scheint demnach die gute Ausbildung in der Praxis schon einen Schaden zu haben. Aber gerade deshalb wollen wir ja die Lehrlingsausbildung fördern, und die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, heilen lassen.

Herr Fernbach vermeint die Interessen der Prinzipale der kleineren und mittleren Druckereien zu vertreten; ich glaube aber kaum, daß ihm einschlägige und tüchtige Fachleute, die nicht von niedrigen Löhnen das Heil des Gewerbes erwarten, auf seinem Wege folgen können; ebenso werden sie es ablehnen, mit der Art und Weise, wie Herr E. seiner Meinung Ausdruck gibt, ihr Einverständnis zu erklären.

Wer da weiß, daß Herr Säuberlich die Wünsche der Gehilfen bezüglich tariflicher Erlassung der Lehrlingsausbildung nicht weniger als unterstützt, wird sich über die gewünschten anderen Maßnahmen des Herrn E. nicht im unklaren sein können; um so weniger nicht, als er die Erörterungen über diese Fragen in der Öffentlichkeit verurteilt. Wir meinen aber, wer dem Gewerbe ehrlich dienen will, braucht die Öffentlichkeit nicht zu scheuen.

Breslau.

A. Fiedler.

□ □ □ □ Gau Posen □ □ □ □

Der zum 29. September nach dem Gasthause „Deutsches Haus“ in Posen einberufene Gau-tag von zwölf Delegierten beschloß, und zwar durch die Kollegen Gehler, Doren, Rindfleisch (Bromberg), Saborowski (Hohenalza), Gagel (Schneidemühl), Gebert (Ebn), Erdmann, Sellmann, Grabl, Subiz (Posen), Dannacker (Melsrich) und Schmidt (Alfa). Der Gauvorstand war vertreten durch die Kollegen Wagner als Gauvorsteher, Schöbel, Gaukaffierer, und die Beisitzer Jänich und Orwat. Als Schriftführer wurde Kollege Braun hinzugezogen. Eine besondere Ehre war dem Gauvater durch die Anwesenheit unsres Hauptkassierers Eißler beschieden. Die Tagesordnung umfaßte zwölf Punkte.

Der Vorliegende Wagner eröffnete um 11 Uhr den Gau-tag mit Begrüßung des Kollegen Eißler und der nicht gerade zahlreich anwesenden Mitglieder des Ortsvereins Posen, dann gedachte er in ehrenden Worten der 53 gefallenen und 24 sonst verstorbenen Kollegen des Gauwes, wie auch des dahingegangenen Verbandsvorsitzenden Döbbsin und der Gauvorsteher Dominé, Dreier und Finie. Dann referierte Kollege Eißler über das Thema: „Organisations- und Tariffragen“. Er streifte die Verhältnisse, die der Krieg für die deutsche Arbeitererschaft, besonders für unser Gewerbe, hervorgerufen habe, gab interessante Aufklärungen über das Unterfühlungsverwehen, das an unsre Klassen hohe Anforderungen gestellt habe, und schilderte die Arbeiten des Tarifamts sowie die Ausnahmebestimmungen, die notgedrungen bewilligt werden mußten und die besonders für die Maschinenleher bedeutungsvoll waren. Eine Tarifrevision war unter solchen Verhältnissen nicht empfehlenswert; um aber die Notlage der Gehilfen abzuwehren, sei man zur Einführung der Feuerungszulagen geschritten, die mit der Zeit, wenn auch unter schwierigen Umständen, zu besseren Ergebnissen geführt hätten. Die Feuerungszulagen könnten aber niemals die jetzigen Lebensverhältnisse ausgleichen; jeder Kollege müsse daher bestrebt sein, auch seinen eigentlichen Lohn zu erhöhen. Von einer Erhöhung der Unterfühlungsätze während der Kriegszeit rief der Referent dringend ab, da derartige Maßnahmen eine Gefahr für unsern Verband bedeuten; er begründete seine Ansicht durch überzeugendes Ziffermaterial. Der Vorliegende dankte dem Kollegen Eißler für die lehrreichen Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht.

Alsdann gab Kollege Wagner einen Überblick über die letzten fünf Jahre. Er verwies zunächst auf die gedruckt vorliegenden Jahresberichte und machte einige ergänzende und erläuternde Ausführungen, worauf dem Gauvorstand Entlastung erteilt wurde. In der sich anschließenden Aussprache verlas ein Delegierter ein Interat aus dem „Allmählichen“, in dem ein Seher in Posen Abendbeschäftigung sucht. Der Betreffende ist hier gar nicht bekannt. Ein anderer Delegierter wies auf die massenhafte Ausbildung von Seherinnen in der „Ostdeutschen Buchdruckerei“ hin, deren Beschäftigung den dortigen Kollegen schade. Dem Ubel wurde Abhilfe zugesagt, auch warf Kollege Eißler einige Streiflichter auf die eigenartigen heillosen kollektiven Verhältnisse, um deren Besserung er dringend bat.

Die einzelnen Punkte der Tagesordnung wurden nach jedesmaliger kurzer Debatte antragsgemäß erledigt. Von Bedeutung war der Antrag Eßlers betreffend Vereinheitlichung der Buch- und Klassenführung zwecks Erleichterung für Klassenführer und Revisoren unter Vorlage eines ausgearbeiteten, vorgezeichneten Modells. Kollege Eißler bestricherte warm diesen Antrag und regte eine Zusammenkunft und Beratung der Klassenführer zur Regelung der Sache an, dem entsprochen wurde. Beschlossen wurde ferner, daß den Funktionären des Gauwes für die Zeit von Oktober 1914 bis 1918 in Anbetracht der minimalen Entschädigung ein 50prozentiger Zuschlag auf diese zu gewährt ist.

Zum Schlußpunkte wurde Kollege Wagner als Gauvorsteher und Kollege Schöbel als Gaukassierer vorgeschlagen, während der Schriftführer und die zwei Beisitzer der Ortsverein Posen vorgeschlagen hat.

In seinem Schlussworte wünschte der Vorliegende dem Gau Posen weiteres Gedeihen. Damit erreichte der Gau-tag seinen Ausgang um 4¹/₂ Uhr.

Nach einem kurzen Spaziergange wurden die auswärtigen Delegierten zur Bahn geleitet, die sie wieder heimführte mit der gewonnenen, wohl wenig angenehmen Überzeugung, daß die Lebensweise in Posen doch eine recht feure ist.

R. S.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. Am 1. Oktober konnte der seit 30 Jahren bei der Firma S. S. Hermann gedruckte „Berliner Börsen-Courier“ auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. An diesem Tage wurde außer einer verstärkten laufenden Nummer eine Jubiläumsummer von 140 (!) Seiten herausgegeben. Bis vor sechs Jahren noch 54 Hefen in dieser Zeitung beschäftigt, wurde diese Zahl infolge Einstellung von Maschinen auf 9 reduziert. Aus Anlaß des Jubiläums wurde dem Setzungspersonal vom Verlag eine besondere Vergütung überwiesen, an der auch die durch die Maschine Verdrängten sowie die inzwischen invalide Gewordenen teilnahmen.

Breslau. Die Bezirksversammlung vom 29. September erledigte nach Erhebung zweier gefallener und eines hier verstorbenen Kollegen vier Aufnahmen. Sodann erläuterte der zweite Vorliegende Schilling an Hand des vom Verbandsvorstand herausgegebenen „Merktblattes“ die Rechte und Pflichten der Kriegsverletzten gegenüber dem Verband. Analog dem Beschluß der vorigen Versammlung, die den Ortsvereinsbeitrag um 25 Pf. erhöhte, wurde der Beitrag der Bezirksmitglieder vom 1. Oktober ab auf 15 Pf. wöchentlich festgesetzt.

Dresden a. A. Ammersee. Die Quartalsversammlung am 28. September war vollzählig besucht. Die Aufnahme von vier Kollegen (nicht Neuausgewählten) in den Verband ist bei den Verhältnissen einer so kleinen Mitgliedschaft gemäß ein Ereignis; die besonderen Umstände in diesem Falle machen sie erst recht dazu. Die Tagesordnungspunkte fanden glatte Erledigung. Das unregelmäßige Verhalten des von hier abgedampften Mitgliedes Sunziger wurde scharf gerügt. Unter „Berichtedemem“ kamen einige interne Angelegenheiten zur Erledigung. Die gute Stimmung in der Versammlung fand bei einem gefälligen Beisammensein ihre Fortsetzung oder auch Steigerung.

Frankfurt a. M. (Maschinenmeisterverein). Der Maschinenmeisterverein Frankfurt a. M.-Offenbach hatte zum 15. September eine allgemeine Maschinenmeisterversammlung einberufen und hierzu die Vereine des Gauwes Frankfurt-Beßen sowie die der benachbarten Städte eingeladen; galt es doch zu beratschlagen, was die Aufgaben jhrer Sparte für die nächste Zeit sind. Delegierte hatten die Vereine in Darmstadt, Gießen, Hanau und Mainz sowie der Bezirk Fulda gesandt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten sowie Erhebung eines gefallenen, sehr rührigen Spartenmitgliedes brachte der Vorliegende Steinert in längerer Ausführungen die Wünsche der Zentralkommission zur Kenntnis und forderte sie regster Mitarbeit auf. Die Aussprache war ziemlich reger; man stimmte dem Vorschlage der Zentralkommission zu, pro Mitglied und Jahr 1 Mk. Beitrag zu zahlen, damit dieselbe in die Lage komme, so zu arbeiten, wie es erforderlich ist. Auch kam der Wunsch zum Ausdruck, der ständige Wechsel innerhalb der Zentralkommission möge unterbleiben und das Verhältnis fester werden. Ferner wurde über die eventuelle Vereinigung der Maschinenmeistervereine im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiete gesprochen, um sich gegenseitig mit Vortragmaterial usw. zu unterstützen. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt, dieses soll einer später stattfindenden Aussprache vorbehalten bleiben. Allerlei technische Fragen aus den Druckereien bildeten den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Hamburg-Altona. (Mitgliederversammlung am 15. September.) Recht zahlreich waren die auswärtigen Kollegen der Einladung des Gauvorstandes ausgesetzt, um einen Vortrag des Kollegen Gille (Berlin) über „Aufgaben und Ziele der beruflichen Fortbildung“ zu hören. Der Referent betonte es als Pflicht eines jeden Kollegen, an dem Wiederaufbau des Gewerbes nach dem Kriege mitzuarbeiten. Dies könne in erster Linie geschehen durch bedeutend bessere Aus- und Fortbildung unsres gewerblichen Nachwuchses. Hier in Hamburg sei durch die Bildung eines fachtechnischen Ausschusses und durch den von diesem festgesetzten Winterlehrgang in dankenswerter und vorbildlicher Weise ein tüchtiger Schritt vorwärts getan. Auf die Art und Ausbildung des Jüngeres müsse mehr Wert gelegt werden als auf die Zahl. Die Gehilfen haben ein sehr großes Interesse daran, daß die Bezahlung auf ausgebildet werden. Es gelte, das Interesse, den Drang zur Fortbildung, das Streben nach Verbesserung, die Liebe zum Berufe zu wecken, denn ein tüchtiger, ausgebildeter Gehilfe ist auch eine tüchtige Kraft für seine Gewerkschaft, während ein schlechter Arbeiter zum Auflerherbe. Alle unsre Kräfte müsse angepaßt werden, um nach dem Kriege den wirtschaftlichen Kampf ausfechten zu können; auch hierzu geböre ein guter, fachtechnisch gekannter Arbeiter. Die vom fachtechnischen Ausschuss in Hamburg in Aussicht genommene Kurs-, Vorträge-, Besichtigungen usw. seien die beste Lösung der Ausbildungsfrage; um so mehr, wenn es gelänge, den gewerblichen Nachwuchs reiflos zu erziehen. Um unnütze Kosten zu ersparen, sei eine Zentralstation der fachtechnischen Bücher notwendig; es müsse vor allen Dingen ein ständiges Zentralorgan beschieden, in welchem die Besprechungen und

Ziele der fachtechnischen Ausschüsse gewürdigt und gefördert werden. Redner regte hierbei die Vereinheitlichung der sämtlichen Spartenblätter resp. deren Aufhebung an, wünschliche dafür aber eine kräftigere Mitarbeit an den „Topographischen Mitteilungen“, denn die Artikel haben in den einzelnen Spartenorganen nicht die Verbreitung, die sie verdienen. Die jetzige Zeit der Depression müsse sämtliche Kollegen auf den Plan rufen, damit nach dem Kriege die edle Buchdruckerkunst wieder neu aufblühe. Die Ausführungen des Vortragenden wurden in der Diskussion von den Kollegen Karbe (Stiel), Bröpper, Meiger, Pieczak, Bolliger, Persson und Kehlenbeck lebhaft unterstützt. Es wurde betont, daß es auch jetzt wieder das Bestreben der Buchdrucker sein müsse, nicht im Nachtrab, sondern an der Spitze der deutschen Arbeitererschaft, als Pioniere, zu marschieren. Mit der Unterstützung des Vorliegenden, sich recht zahlreich an den Kursen usw. zu beteiligen, wurde die Veranstaltung geschlossen.

Königsberg. Sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum begeht am 12. Oktober der Seher G. Seede in der Ostpreussischen Druckerei und Verlagsanstalt A. G.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmwerks Beispiel. In der „Norddeutschen Volksstimme“ in Bremerhaven werden die am 1. Dezember fälligen Feuerungszulagen bereits ab 1. Oktober gezahlt.

Buchdrucker als Geschworene. Für die diesjährige Schwurgerichtsperiode wurde u. a. der langjährige Drickkassierer Kollege W. Schieber in Detmold als Geschworener ausgelost. Kollege Schieber verließ auch das Amt eines Gewerbegerichtsbeisizers.

Ein Verbandsmitglied als Staatssekretär. Von der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig nominiert, ist unser Kollege Philipp Scheidemann nunmehr als Staatssekretär ohne Portfeuille in das „Friedensministerium“ eingetreten. Der leitende Rat der neuen demokratischen Regierung, die der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes nun hoffentlich bald entsprechen wird, besteht aus dem Prinzen Max von Baden, v. Papen, dem Staatssekretären Scheidemann und Eröber. Kollege Scheidemann, der seit Jahrzehnten Verbandsmitglied ist und heute noch unsrer Organisation angehört, wurde am 26. Juli 1865 in Kassel geboren, wo er die Bürger- und Realschule besuchte. Bald nach Beendigung seiner vierjährigen Lehrzeit ging er auf die Wanderschaft; er konfessionierte in Samburg, Kiel, Marne (Hollstein), Kassel und Marburg. Hier bekleidete er jahrelang den Posten eines Bezirksvorstehers. Im Jahre 1892 nahm er als Delegierter an der Generalversammlung in Stuttgart teil. 1895 übernahm er die Leitung der „Mitteleuropäischen Sonntagzeitung“ in Gießen und im Jahre 1900 wurde Scheidemann leitender Redakteur der „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg, später Leiter der sozialdemokratischen Blätter in Offenbach und Kassel. Seine parlamentarische Laufbahn begann 1903, in welchem Jahr er in den Reichstag gewählt wurde. Gegenwärtig vertritt er den Wahlkreis Solingen. Der Parteitag von 1906 wählte Scheidemann in den Vorstand der sozialdemokratischen Partei; nach Singers und Bebel's Tode wurde Scheidemann Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Vorübergehend war er auch im Jahre 1912 erster Vizepräsident des deutschen Reichstags, und gegenwärtig gehört er noch dem Hauptauschuß als Mitglied an. Sein Wirken als Volksvertreter sowie seine eifrigen und nimmer ruhenden Friedensbestrebungen sind allbekannt, so daß wir uns ein Eingehen hierauf ersparen können. Wir können dessen gewiß sein, daß Scheidemann seine ganze Kraft in den Dienst des Volkes stellen und der Sache des Friedens nach Möglichkeit dienen wird.

Errichtung einer Kreisdruckerei. In Stolp in Pommern beschloß der Kreistag in geheimer Sitzung die Errichtung einer Kreisdruckerei. Es handelt sich um die Übernahme der Heigelsen Buchdruckerei in Stolp, in deren Verlag auch die „Stolper Post“ erscheint, durch den Kreis.

Zur Lage der in der Reichsdruckerei beschäftigten Arbeiter. Die Annahme der Arbeiter in der Reichsdruckerei, daß sie Anspruch auf die vom Reich für alle in Reichsbetrieben beschäftigten Personen gewährten Feuerungszulagen haben, hat sich als irrig erwiesen. Nicht als Staats-, sondern als Rüstungsarbeiter werden sie nach Ansicht der Direktion betrachtet. Demgegenüber stehen die Arbeiter auf dem Standpunkte, daß sie auf Grund ihrer Entlohnung nicht zu den Rüstungsarbeitern zu zählen sind, denn bis vor kurzem noch bringend der in der Reichsdruckerei gezahlte Anfangslohn 61,20 Mk.; ein Betrag, der nicht einmal dem jetzigen Minimum einschließlich Feuerungszulage unsrer Berliner Kollegen gleichkommt. Die Buchdrucker und Schriftführer der Reichsdruckerei hielten nun vor kurzem eine Versammlung ab, in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, daß die kürzlich erfolgte Erhöhung der Feuerungszulage gar nicht im Einklange mit der ständig fortschreitenden Teuerung stehe. Die Reichsdruckerei wolle in jeder Beziehung vorbildlich wirken, nur nicht in der Lohnfrage. Bei der Lohnregulierung riefte sie sich nach der Privatindustrie unter Berücksichtigung des Buchdruckerstands, den sie jedoch nicht anerkennt; bei der Urlaubsbemessung würde das Verhältnis der Arbeiter zu anderen Staatsbetrieben herausgezogen. So müsse die Diskussion mit zweierlei Maß. Auch über das manchrade Entgegenkommen der Direktion gegenüber den Arbeitervertretern wurde Klage geführt. In Anbetracht des jährlichen Millionenumschlaßes, der nicht nicht durch die inen-

